



Stellungnahme zum Kreishaushalt (dritte Lesung)
Susanne Weiß

Göppingen, den 30.01.2015

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren

Wenn wir heute durch die Zeitungen oder Nachrichten über die weltweiten Krisenherde erfahren, so wissen wir alle, dass diese extrem zu genommen haben. Über 50 Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht.

Ein wohlhabender Staat wie Deutschland ist nicht nur gesetzlich, sondern auch moralisch verpflichtet, Flüchtlinge und Asylbewerber gastfreundlich aufzunehmen. Gerade bei der Unterbringung von Asylbewerbern ist der Landkreis auf die Unterstützung aller Städte und Gemeinden angewiesen. Deshalb appellieren wir nochmals an alle Kommunen, diese Pflichtaufgabe des Landkreises, aber auch wegen der menschlichen Verantwortung die jede Kommune hat, dem nachzukommen und Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen. Im Notfall auch mit Containern.

Genauso wichtig wie die Unterbringung ist auch die Sprachförderung. Hier möchten wir noch einmal auf unseren gestellten Antrag und den Ergänzungsantrag im Sozialausschuss hinweisen. Derzeit werden vom Land 60 Unterrichtsstunden finanziert. Diese sollten mit einer weiteren Unterrichtseinheit für motivierte Asylbewerber auf A1 Sprachniveau erhöht werden. Nur mit einigermaßen mittleren Deutschkenntnissen werden die Menschen später eine Chance haben, eine eigene Wohnung und einen Arbeitsplatz zu finden oder eine Ausbildung beginnen zu können. Auch die Integration wird dadurch erheblich vereinfacht.

Es sind so viele Menschen, die nach ihren schlimmen Erlebnissen und Erfahrungen jetzt motiviert sind, ihr Leben wieder selber in die Hand zu nehmen. Die deutsche Sprache ist hierfür unerlässlich. Auch für den Landkreis ist es von Vorteil, wenn die Asylbewerber sich ihren Lebensunterhalt wieder selber finanzieren können.

Mitte Januar konnte man in der NWZ lesen, dass auch im Bund und Land solche Änderungen angedacht sind, was wir natürlich sehr begrüßen.

Wir möchten an dieser Stelle allen helfenden Menschen, die sich im Asylbereich ehrenamtlich oder beruflich einsetzen, unseren Dank aussprechen und wünschen ihnen weiterhin viel Freude und Erfolg bei der Arbeit.

Wir befürworten und unterstützen den Vorschlag der Freien Wähler, dass der Landkreis mit dem Brückenbau der B10, in Vorleistung geht. Unser Ziel ist es, dass der Bund und das Land schneller mit dem Weiterbau fortfahren. Durch diese Vorleistung haben wir die Chance evtl. in den Genuss der Flexigelder, nämlich der Gelder die bei anderen Straßenbauprojekten nicht abgerufen werden, zu kommen. Selbst die Überlegung der CDU, dass der Landkreis mit dem Straßenbau beginnt, sollten wir nicht außer Acht lassen. Bei einer Kreditaufnahme von 15 Mio.€ würden wir in 5 Jahren nicht einmal 400.000 € Zinsen bezahlen. Der Erdaushub der beim Bau der B466 anfällt, könnte dann weiterverwendet werden und diese Kostenersparnis wäre doppelt so hoch.

Der Bund müsste uns allerdings den Weiterbau der B10 und die Rückzahlung der Gelder in den kommenden 5 Jahren zusichern.

Beim Thema **Kreisumlage** forderte die Bürgermeisterversammlung eine Senkung auf 36,5%, mit dem Hinweis darauf, dass der Hebesatz des Landkreises Göppingen, gegenüber anderen Kreishaushalten, überdurchschnittlich hoch ist. Auf so eine Aussage können wir nur erwidern, dass der Landkreis Göppingen mit einer Kreisumlage in Höhe von 110,5 Mio.€ allein im Sozialbereich 106,4 Mio.€ wieder an die Bürger der Kommunen zurückgibt. Ebenso müssen wir in den kommenden 10 Jahren für den Klinikneubau um die 390 Mio.€ aufbringen. Hierfür sollten wir unbedingt Ergebnismrückstellungen bilden.

Wir verstehen sehr wohl, dass die Kreisumlage nicht jeder Stadt oder Gemeinde leicht fällt, doch wie viel schwerer fällt dann gerade diesen Kommunen, die Zahlung einer wesentlich höheren Umlage in der Zukunft und dies unter Umständen in wirtschaftlich schwächeren Zeiten, wo im Moment doch die Steuereinnahmen extrem gut ausfallen.

Was bedeutet verantwortungsbewusstes Handeln?

Wie wir wissen, kommen auf den Landkreis in den nächsten Jahren zu unseren üblichen Aufwendungen, gewaltige Mehrkosten hinzu. Um nur die wichtigsten zu nennen:

- **Neubau der Albfilsklinik in Göppingen** ca. **390 Mio. €**
- **Landratsamtserweiterung** ca. **12 Mio. €**
- **Nahverkehrsplan** ca. **5 Mio. €**
- **Vorausfinanzierung B10 / Brückenbau** ca. **3 Mio. €**
- **Regionalbahn S** ebenfalls mehrere Millionen
- **zusätzliche jährliche Personalkosten** ca. **2 Mio. €**
bei einem Gesamtkostenaufwand im Moment von 41,2 Mio. €

- **und wenn man jetzt noch unseren derzeitiger Schuldenstand hinzuzieht in Höhe von** **27 Mio. €**,

dann können wir Kreisrätinnen und Kreisräte mit einem gesunden Menschenverstand nur zu einer Schlussfolgerung kommen:

Nämlich die Kreisumlage auf 37,5 % anzuheben.

Wie kurzsichtig wäre der Kreistag, wenn er die Kosten nur für das laufende Jahr im Blickfeld hat, nicht aber für die Zukunft. Meine Großmutter hat immer gesagt: „SPARE IN DER ZEIT, DANN HAST DU IN DER NOT.“ Dieser Grundsatz hat auch heute noch Gültigkeit, lassen sie uns danach handeln, egal ob Landrat, Kreisrätinnen und Kreisräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister oder Gemeinderäte. Mit diesen 0,5% oder 1,5 Mio.€ müssen Ergebnismrückstellungen gebildet werden, damit die Kreisumlage in den kommenden Jahren in einer angemessenen Höhe gehalten werden kann.

Deshalb hoffen wir bei der kommenden Abstimmung auf ein Einlenken bzw. Einsicht der Mehrheit des Kreistages, die Kreisumlage auf 37,5%, so wie von der Verwaltung vorgeschlagen, zu erhöhen. Denn in erster Linie sind wir heute Kreisräte und haben in dieser Hinsicht die **Verantwortung** gegenüber dem **Landkreis zu tragen**.

An dieser Stelle möchten wir uns noch einmal bei der Verwaltung, insbesondere dem Amt für „Finanzen und Beteiligungen“ und Herrn Kämmerer Stolz für die geleistete Arbeit bedanken.

Unser Dank geht auch an Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, für die fairen Diskussionen der vergangenen Monate.

Vielen Dank fürs Zuhören.